

Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten

Inkrafttreten: 01.08.1978

Zuletzt geändert durch: §§ 1 und 49 neu gefasst durch Verordnung vom 05.09.2023 (Brem.GBl. S. 502; 2024 S. 96)

Fundstelle: Brem.GBl. 1975, 151

Gliederungsnummer: 45-c-68

Aufgrund von § 36 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) verordnet der Senat:

§ 1 Ordnungswidrigkeitengesetz

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach den §§ 111 und 113 sowie den §§ 116 bis 130 OWiG ist die Ortpolizeibehörde.

§ 2 Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen

(1) Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 15 des Gesetzes über Titel, Orden und Ehrenzeichen vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 844) in der Fassung des Artikels 33 Nr. 2 EGStGB ist die Ortpolizeibehörde.

(2) [§ 1 Abs. 2 der Verordnung zur Durchführung des Bundesgesetzes über Titel, Orden und Ehrenzeichen](#) vom 6. Oktober 1959 (SaBremR 113-d-1), geändert durch Artikel 15 des [Gesetzes zur Anpassung des Landesrechts an das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch und andere bundesrechtliche Vorschriften](#) vom 18. Dezember 1974 (Brem.GBl. S. 351), wird aufgehoben.

§ 3
Gesetz über Personalausweise

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 3 des Gesetzes über Personalausweise vom 19. Dezember 1950 (BGBl. S. 807) in der Fassung des Artikels 43 EGStGB ist die Ortspolizeibehörde.

§ 4
Heilpraktikergesetz

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 5 a des Heilpraktikergesetzes vom 17. Februar 1939 (RGBl. I S. 251) in der Fassung des Artikels 53 EGStGB ist die Ortspolizeibehörde.

§ 5
Versammlungsgesetz

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 29 des Versammlungsgesetzes vom 24. Juli 1953 (BGBl. I S. 684) in der Fassung des Artikels 81 Nr. 9 EGStGB ist die Ortspolizeibehörde.

§ 6
Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke

(1) Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 14 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), zuletzt geändert durch Artikel 92 EGStGB, ist die Ortspolizeibehörde.

(2) Die Bekanntmachung der für die Behandlung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke zuständigen Behörden vom 4. Mai 1961 (SaBremR 45-c-18) wird aufgehoben.

§ 7
Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 6 Abs. 2, §§ 8 und 10 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb vom 7. Juni 1909 (RGBl. S. 499) in der Fassung des Artikels 139 Nrn. 2 bis 4 EGStGB ist die Ortspolizeibehörde.

§ 8
Zugabeverordnung

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 3 der Zugabeverordnung vom 9. März 1932 (RGBl. I S. 121) in der Fassung des Artikels 141 Nr. 1 EGStGB ist die Ortspolizeibehörde.

§ 9
Rabattgesetz

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 11 des Rabattgesetzes vom 25. November 1933 (RGBl. I S. 1011) in der Fassung des Artikels 142 EGStGB ist die Ortschaftspolizeibehörde.

§ 10
Gesetz über die Bekämpfung der Schwarzarbeit

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach den §§ 1 und 2 des Gesetzes über die Bekämpfung der Schwarzarbeit vom 30. März 1957 (BGBl. I S. 315) in der Fassung des Artikels 150 Nr. 1 EGStGB ist die Ortschaftspolizeibehörde.

§ 11
Rennwett- und Lotteriegesetz

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 7 des Rennwett- und Lotteriegesetzes vom 8. April 1922 (RGBl. I S. 335, 393) in der Fassung des Artikels 164 Nr. 3 EGStGB ist die Ortschaftspolizeibehörde.

§ 12
Gesetz über die Verfrachtung alkoholischer Waren

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 8 des Gesetzes über die Verfrachtung alkoholischer Waren in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 1975 (BGBl. I S. 289) ist die Hafenebenebehörde.

§ 13
Handwerksordnung

(1) Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach den §§ 117, 118 und 118a der Handwerksordnung in die Berufsbildung betreffenden Angelegenheiten ist der Senator für Bildung, im übrigen die Ortschaftspolizeibehörde.

(2) Die Bekanntmachung der für die Ahndung von Verstößen gegen die Handwerksordnung zuständigen Behörden vom 23. November 1953 (SaBremR 45-c-5) wird aufgehoben.

§ 14

Gesetz über den Verkehr mit unedlen Metallen

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 17 des Gesetzes über den Verkehr mit unedlen Metallen vom 23. Juli 1926 (RGBl. I S. 415) in der Fassung des Artikels 178 Nr. 2 EGStGB ist die Ortspolizeibehörde.

§ 15

Flurbereinigungsgesetz

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 154 des Flurbereinigungsgesetzes vom 14. Juli 1953 (BGBl. I S. 591), zuletzt geändert durch Artikel 201 EGStGB, ist die Kataster- und Vermessungsverwaltung Bremen.

§ 16

Tierkörperbeseitigungsgesetz

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 16 des Tierkörperbeseitigungsgesetzes vom 1. Februar 1939 (RGBl. I S. 187) in der Fassung des Artikels 212 EGStGB ist die Ortspolizeibehörde.

§ 17

Fleischbeschauengesetz

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 27 des Fleischbeschauengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Oktober 1940 (RGBl. I S. 1463) in der Fassung des Artikels 213 Nr. 2 EGStGB ist die Ortspolizeibehörde.

§ 18

Brotgesetz

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 5 des Brotgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Juni 1931 (RGBl. I S. 335) in der Fassung des Artikels 218 Nr. 1 EGStGB ist die Ortspolizeibehörde.

§ 19

Milchgesetz

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach den §§ 46, 47 und 49 des Milchgesetzes vom 31. Juli 1930 (RGBl. I S. 421) in der Fassung des Artikels 221 Nr. 5 EGStGB ist die Ortspolizeibehörde.

§ 20
Margarinegesetz

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach §§ 10 und 11 des Gesetzes über Margarine, Halbfettmargarine und Kunstspeisefett in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1975 (BGBl I S. 1841) ist die Ortspolizeibehörde.

§ 21
Gesetz über den Fischereischein

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 4 des Gesetzes über den Fischereischein vom 19. April 1939 (RGBl. I S. 795) in der Fassung des Artikels 231 EGStGB ist die Ortspolizeibehörde.

§ 22
**Ausführungsgesetz zur internationalen Konvention
über die Nordseefischerei**

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 2 des Gesetzes vom 30. April 1884 zur Ausführung der internationalen Konvention der Nordseefischerei betreffend die polizeiliche Regelung der Fischerei in der Nordsee außerhalb der Küstengewässer (RGBl. 1884 S. 48) in der Fassung des Artikels 232 EGStGB ist das Staatliche Fischereiamt Bremerhaven.

§ 23
**Ausführungsgesetz zum internationalen Vertrag
zur Unterdrückung des Branntweinhandels unter
den Nordseefischern auf hoher See**

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 1 des Gesetzes vom 4. März 1894 betreffend die Ausführung des internationalen Vertrages vom 16. November 1887/14. Februar 1893 zur Unterdrückung des Branntweinhandels unter den Nordseefischern auf hoher See (RGBl. 1894 S. 151) in der Fassung des Artikels 233 EGStGB ist das Staatliche Fischereiamt Bremerhaven.

§ 24
Heimarbeitsgesetz

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach den §§ 32 und 32 ades Heimarbeitsgesetzes vom 14. März 1951 (BGBl. I S. 191) in der Fassung des Artikels 239 Nr. 2 EGStGB ist das Gewerbeaufsichtsamt.

§ 25
Arbeitszeitordnung

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 25 der Arbeitszeitordnung vom 30. April 1938 (RGBl. I S. 447) in der Fassung des Artikels 240 Nr. 1 EGStGB ist das Gewerbeaufsichtsamt.

§ 26
Gesetz über den Ladenschluß

(1) Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 24 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875) in der Fassung des Artikels 243 EGStGB ist die Ortspolizeibehörde.

(2) Die Bekanntmachung der für die Ahndung von Verstößen gegen das Gesetz über den Ladenschluß zuständigen Behörden vom 5. März 1957 (SaBremR 45-c-10) wird aufgehoben.

§ 27
**Gesetz über gesundheitsschädliche oder
feuergefährliche Arbeitsstoffe**

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach den §§ 5 und 6 des Gesetzes über gesundheitsschädliche oder feuergefährliche Arbeitsstoffe vom 25. März 1939 (RGBl. I S. 581) in der Fassung des Artikels 247 EGStGB ist das Gewerbeaufsichtsamt.

§ 28
Strandungsordnung

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 43 der Strandungsordnung vom 17. Mai 1874 (RGBl. S. 73) in der Fassung des Artikels 284 Nr. 2 EGStGB ist das Strandamt Bremerhaven.

§ 29
**Gesetz über die Gewichtsbezeichnung
an schweren, auf Schiffen beförderten Frachtstücken**

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 3 a des Gesetzes über die Gewichtsbezeichnung an schweren, auf Schiffen beförderten Frachtstücken vom 28. Juni 1933 (RGBl. I S. 412) in der Fassung des Artikels 285 Nr. 2 EGStGB ist die Hafenbehörde.

§ 30
Gesetz über das Apothekenwesen und
Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 25 des Gesetzes über das Apothekenwesen vom 20. August 1960 (BGBl I S. 697), zuletzt geändert durch Artikel 9 Nr. 6 des Gesetzes zur Neuordnung des Arzneimittelrechts vom 24. August 1976 (BGBl I S. 2445), und nach § 97 des Gesetzes über den Verkehr mit Arzneimitteln vom 24. August 1976 (BGBl I S. 2448) ist die Ortspolizeibehörde, soweit nicht die Seemannsämter nach der [Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 24 Abs. 2 und 3 der Verordnung über die Krankenfürsorge auf Kauffahrteischiffen](#) vom 18. Juli 1972 (Brem.GBl. S. 155 - 45-c-52), geändert durch die Verordnung zur Anpassung an die Änderung von Zuständigkeiten für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach der Verordnung über die Krankenfürsorge auf Kauffahrteischiffen vom 28. Juni 1976 (Brem.GBl. S. 152), oder die Wasser- und Schifffahrtsdirektionen nach der Verordnung über die Zuständigkeit der Wasser- und Schifffahrtsdirektionen für die Verfolgung und Ahndung bestimmter Ordnungswidrigkeiten vom 19. Dezember 1974 (BGBl I S. 3709), geändert durch Verordnung vom 3. März 1976 (BGBl I S. 493), zuständig sind.

§ 31
Betäubungsmittelgesetz

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 13 des Gesetzes über den Verkehr mit Betäubungsmitteln in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Januar 1972 (BGBl I S. 1), geändert durch Artikel 48 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch, ist die Ortspolizeibehörde, soweit nicht das Bundesgesundheitsamt zuständig ist.

§ 32
Gesetz über die Werbung auf dem Gebiete des Heilwesens

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach Artikel 1 §§ 13 und 17 des Gesetzes über die Werbung auf dem Gebiete des Heilwesens vom 11. Juli 1965 (BGBl I S. 604), zuletzt geändert durch das Futtermittelgesetz vom 2. Juli 1975 (BGBl I S. 1745), ist die Ortspolizeibehörde.

§ 33
Verordnung über Wochenpflegerinnen

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 7 der Verordnung über Wochenpflegerinnen vom 7. Februar 1943 (RGBl I S. 87), zuletzt geändert durch die Verordnung nach Erleichterung der

Verwaltungsreform in den Ländern vom 18. April 1975 (BGBl I S. 967), ist die Ortspolizeibehörde.

§ 34
Bundes-Seuchengesetz

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 69 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen vom 18. Juli 1961 (BGBl I S. 1012), zuletzt geändert durch das Siebente Gesetz über die Anpassung der Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes vom 9. Juni 1975 (BGBl I S. 1321), ist die Ortspolizeibehörde.

§ 35
Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 27 des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 23. Juli 1953 (BGBl I S. 700), zuletzt geändert durch Artikel 66 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch, ist die Ortspolizeibehörde.

§ 36
(aufgehoben)

§ 37
**Gesetz betreffend die Beseitigung von Ansteckungsstoffen
bei Viehbeförderung auf Eisenbahnen**

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 5 des Gesetzes betreffend die Beseitigung von Ansteckungsstoffen bei Viehbeförderung auf Eisenbahnen vom 25. Februar 1876 (RGBl S. 163), geändert durch Artikel 211 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch, ist die Ortspolizeibehörde.

§ 38
Verordnung über die Durchführung des Fleischbeschaugesetzes

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 27 Abs. 3 und 4 der Verordnung über die Durchführung des Fleischbeschaugesetzes vom 1. November 1940 (RMBl S. 298, ber. 1941 S. 9), zuletzt geändert durch die Verordnung zur Erleichterung der Verwaltungsreform in den Ländern vom 18. April 1975 (BGBl. I S. 967), ist die Ortspolizeibehörde.

§ 39
Geflügelfleischhygienegesetz

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach §§ 40 und 41 des Geflügelfleischhygienegesetzes vom 12. Juli 1973 (BGBl I S. 776), zuletzt geändert durch das Tierkörperbeseitigungsgesetz vom 2. September 1975 (BGBl I S. 2313), ist die Ortspolizeibehörde.

§ 40
Gesetz über das Schlachten von Tieren

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die, Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 3 des Gesetzes über das Schlachten von Tieren vom 21. April 1933 (RGBl I S. 203), geändert durch Artikel 216 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch, ist die Ortspolizeibehörde.

§ 41
Durchführungsgesetz EWG - Richtlinie Frisches Fleisch

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 18 des Gesetzes zur Durchführung der Richtlinie des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Regelung gesundheitlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit frischem Fleisch vom 28. Juni 1965 (BGBl I S. 547), zuletzt geändert durch Artikel 287 Nr. 61 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch, ist die Ortspolizeibehörde.

§ 42
Erste Verordnung zur Ausführung des Milchgesetzes

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 21 Abs. 4 und § 29 Abs. 3 der Ersten Verordnung zur Ausführung des Milchgesetzes vom 15. Mai 1931 (RGBl I S. 150), zuletzt geändert durch die Verordnung zur Erleichterung der Verwaltungsreform in den Ländern vom 18. April 1975 (BGBl I S. 967), in Verbindung mit Artikel 13 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch, ist die Ortspolizeibehörde.

§ 43
Krankenpflegegesetz

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 16 des Krankenpflegegesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. September 1965 (BGBl I S. 1443), zuletzt geändert durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Krankenpflegegesetzes vom 4. Mai 1972 (BGBl I S. 753), ist die Ortspolizeibehörde.

§ 44

Gesetz über technische Assistenten in der Medizin

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 12 des Gesetzes über technische Assistenten in der Medizin vom 8. September 1971 (BGBl I S. 1515), ist die Ortspolizeibehörde.

§ 45

Gesetz über die Ausübung der Berufe des Masseurs, des Masseurs und medizinischen Bademeisters und des Krankengymnasten

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde über die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 14 des Gesetzes über die Ausübung der Berufe des Masseurs, des Masseurs und medizinischen Bademeisters und des Krankengymnasten vom 21. Dezember 1958 (BGBl I S. 985), zuletzt geändert durch das Erste Gesetz zur Reform des Strafrechts vom 25. Juni 1969 (BGBl I S. 645), ist die Ortspolizeibehörde.

§ 46

Gesetz über den Beruf des Diätassistenten

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 8 des Gesetzes über den Beruf des Diätassistenten vom 17. Juli 1973 (BGBl I S. 853) ist die Ortspolizeibehörde.

§ 47

Gesetz über die Rechtsstellung vorgeprüfter Apothekeranwärter

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 3 des Gesetzes über die Rechtsstellung vorgeprüfter Apothekeranwärter vom 4. Dezember 1973 (BGBl I S. 1813) ist die Ortspolizeibehörde.

§ 48

Waschmittelgesetz

Sachlich zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 11 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeit von Wasch- und Reinigungsmitteln vom 20. August 1975 (BGBl I S. 2255) ist die Ortspolizeibehörde.

§ 49

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Beschlossen, Bremen, den 11. März 1975

Der Senat